



Dr. Rüdiger Schott
Stv. Vorsitzender des Vorstands der
Kassenzahnärztlichen Vereinigung
Bayerns

Sabbatical für Unternehmensberater

Liebe Kolleginnen
und Kollegen,

die Verärgerung des Berufsstandes über die Geringschätzung durch die Politik in der Corona-Pandemie haben wir an dieser Stelle mehrfach zum Ausdruck gebracht. Es bleibt die Erkenntnis, dass wir die Krise aus eigener Kraft bewältigen müssen. Doch immerhin wächst auch bei den Politikern die Erkenntnis, dass Ärzte, Zahnärzte und Krankenhäuser nicht nur ein Kostenfaktor, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftszweig sind. So stellte die bayerische Gesundheitsministerin Melanie Huml vor Kurzem eine Studie zur Bedeutung der Gesundheitswirtschaft in Bayern vor, über die wir auf Seite 11 berichten. Zehn Prozent des bayerischen Bruttoinlandsprodukts werden demnach in den Bereichen Gesundheit und Pflege erwirtschaftet. Noch größer ist unsere Bedeutung für den Arbeitsmarkt: 15,7 Prozent der Beschäftigten sind in der Gesundheits- und Pflegewirtschaft tätig. Tendenz steigend! Die Corona-Pandemie wird hoffentlich dazu beitragen, dass sich auch die Sichtweise auf die Gesundheitsausgaben verändert. Wir verdanken es zu einem ganz erheblichen Teil unserem Gesundheitswesen, dass die Sterblichkeitsrate hierzulande deutlich niedriger ist als in den USA, Frankreich, Italien, Großbritannien und sogar der Schweiz. Von Überkapazitäten in den Krankenhäusern und einem dringend notwendigen Bettenabbau hat man in den vergangenen Monaten wenig gehört. Dabei trägt das Gros der Covid-19-Belastung der ambulante Sektor. Fast 80 Prozent der rund 48 000 Infizierten in Bayern wurden in den ersten beiden Quartalen durch niedergelassene Ärzte versorgt. Für die wenigen Fälle, die eine

stationäre oder gar intensivmedizinische Behandlung brauchten, standen ausreichend Betten zur Verfügung. Wir können also feststellen, dass unser Gesundheitssystem zu den leistungsfähigsten weltweit gehört, obwohl wir dafür pro Kopf deutlich weniger Geld ausgeben als die USA. Das gilt auch für die Zahnmedizin. Es ist also an der Zeit, die rein monetaristische Betrachtung des Gesundheitswesens zu beenden. Die Unternehmensberater, die in Kliniken und auch bei Krankenkassen permanent nach Einsparpotenzialen suchen, sollten sich ein längeres Sabbatical gönnen. Die Corona-Pandemie sollte jedem klargemacht haben, dass Medizin und Zahnmedizin Teil der Daseinsfürsorge sind. Welcher Politiker stellt offen die Frage, wieviel die Feuerwehr, die Abwasserentsorgung, der Kindergarten oder die Grundschule in seinem Heimatort kosten? Ich fordere als Konsequenz aus der Krise, alle Akteure im Gesundheitswesen finanziell so auszustatten, dass sie ihren gesetzlichen und gesellschaftlichen Auftrag erfüllen können und weiterhin ein Wachstumsmotor bleiben. Dazu gehören auch angemessene Erstattungen der Kosten für die Telematik-Infrastruktur, den elektronischen Heilberufsausweis und den gestiegenen Hygieneaufwand in den Praxen. Und noch ein Hinweis an die Politik: Wer denkt, (Zahn-)Gesundheit sei zu teuer, der sollte es mal mit Krankheit probieren.

Ihr